

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Hauptausschuss führte seine 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 10.03.2016, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Raguhner Schleife 29, Christophorushaus, Saal, von 18:00 Uhr bis 20:25 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Dr. Werner Rauball

Mitglied

Klaus-Ari Gatter
Gerhard Hamerla
André Krillwitz
Sandor Kulman
Armin Schenk
Horst Tischer
Dr. Holger Welsch

i.V. von Frau Doreen Garbotz-Chiahi

i.V. von Herrn Günter Herder

Mitarbeiter der Verwaltung

Rolf Hülßner
Lutz Jerofke
Mario Schulze
Dirk Weber

GBL Finanz- und Ordnungswesen
Leiter Büro OB
SBL Öffentliche Anlagen
FBL Stadtentwicklung

Gäste

Gudrun Rauball

Stadträtin

abwesend:

Mitglied

Günter Herder
Doreen Garbotz-Chiahi
Daniel Roi

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 10.03.2016, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 18.02.16	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Positionspapier des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld BE: Fraktionsvorsitzender Pro Wolfen/ Vorsitzender des Hauptausschusses	Beschlussantrag 034-2016
6	Nutzung des Sportbades „Heinz Deininger“ (nachfolgend Sportbad genannt) durch den Bitterfelder Schwimmverein 1990 e.V. (nachfolgend BSV 90 genannt) BE: Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD	Beschlussantrag 021-2016
7	Polizeipräsenz im OT Stadt Wolfen BE: Ortsbürgermeister Stadt Wolfen	Beschlussantrag 026-2016
8	Berufung eines sachkundigen Einwohners	Beschlussantrag 014-2016
9	Verleihung einer Ehrenbezeichnung durch Überreichung der Ehrennadel der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: Ortsbürgermeister Ortschaft Stadt Bitterfeld	Beschlussantrag 022-2016
10	Austritt der Stadt Bitterfeld-Wolfen aus dem Verein "weinberg campus e.V." BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung	Beschlussantrag 028-2016
11	Aufhebung des Beschlusses 085-2015 vom 02.09.2015 in der Gestalt der Beschlussfassung vom 25.11.2015 BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen	Beschlussantrag 029-2016
12	Änderung der Vergabe von Straßennamen im "Wohngebiet Pestalozzistraße" im Ortsteil Stadt Wolfen BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen	Beschlussantrag 013-2016
13	Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs der Stadt Bitterfeld-Wolfen vor dem Verwaltungsgericht Halle, Stellungnahme zum Schriftsatz des Landkreises BE: Herr Dr. Rauball	Beschlussantrag 033-2016
14	Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 (Haushaltsermächtigungen) BE: GB Finanz- und Ordnungswesen	Mitteilungsvorlage M003-2016
15	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen	
16	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rauball, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er dankt zunächst Herrn Pfarrer Seifert, dass er die Räumlichkeit für die heutige Sitzung zur Verfügung gestellt hat. Er teilt mit, dass Mitarbeiter des FB Ordnungswesen außerhalb des Gebäudes, gemeinsam mit den beiden Regionalbereichsbeamten Herrn Kaatz und Herrn Wagner, präsent sind. Ferner stehe ein Polizeieinsatzwagen bereit, da parallel zur heutigen Sitzung auf dem Markt in Wolfen-Nord eine Veranstaltung von den Rechten durchgeführt wird, die evtl. im Anschluss daran hierher kommen. Herr Dr. Rauball teilt ferner mit, dass der Landrat bzw. sein Stellvertreter auch aus diesem Beweggrund die Teilnahme an der heutigen Sitzung abgesagt haben, sodass nach seinem Dafürhalten der TOP 5 bzgl. der Diskussion über das Positionspapier heute entfallen könnte. Von Herrn Böddeker wurde auch mitgeteilt, dass die HA-Mitglieder eine Einladung erhalten werden, wonach der Landrat und auch er gemeinsam mit dem Ausschuss über die Problematik diskutieren möchten. Da dies sicherlich eine verwaltungsinterne Diskussion werden würde, sei dies für ihn allerdings nicht befriedigend, weil damit die Diskussion über das Positionspapier mit Vertretern des LK in der Öffentlichkeit nicht weiter fortgeführt werde. Herr Dr. Rauball stellt sodann die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Es sind zu Beginn 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit ist gegeben.	
zu 2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung Herr Dr. Rauball stellt nochmals angesichts des unter TOP 1 Gesagten die Frage, ob die Ausschussmitglieder den TOP 5 aufrechterhalten wollen. Herr Krillwitz plädiert dafür, diesen TOP auf der TO zu belassen, da sich der HA in seiner letzten Sitzung vom Grundsatz her auf das Positionspapier verständigte. Herr Tischer bringt zum Ausdruck, dass er dem Papier in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen könne, jedoch eine Diskussion heute darüber für sinnvoll halte. Der BA 034-2016 verbleibt somit auf der Tagesordnung. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung bestätigt. einstimmig beschlossen	Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0
zu 3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 18.02.16 Es gibt keine Einwände zur Niederschrift; diese wird bestätigt. mehrheitlich beschlossen	Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3
zu 4	Einwohnerfragestunde Es werden keine Anfragen gestellt.	
zu 5	Positionspapier des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld BE: Fraktionsvorsitzender Pro Wolfen/ Vorsitzender des Hauptausschusses	Beschlussantrag 034-2016

Herr Krillwitz, als ursprünglicher Einreicher des Positionspapiers, gibt nochmals auf Nachfrage eine kurze Begründung ab. So sei er nach wie vor der Meinung, dass eine zentrale Unterbringung von Flüchtlingen nicht die geeignete Form für deren Integration sei und plädiert daher für eine dezentrale Unterbringung. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen habe derzeit 1,6 % der Flüchtlinge aufgenommen. Im Landkreis sollte der Verteilerschlüssel eigentlich bei 1,09 % liegen. Käme die Unterbringung im BIG-Hotel mit 170 bis 200 Flüchtlingen noch hinzu, wäre man bei knapp 2 %. Es könne s.E. nicht sein, dass andere Gemeinden hier weniger einbezogen werden. Die Flüchtlinge sollten gleichmäßig über den LK verteilt werden. Er sei sich bewusst, dass die Stadt in dieser Frage eigentlich nicht zuständig sei, sondern dies zu den Aufgaben des LK gehöre. Dennoch sollte man als Stadt hierzu eine Position beziehen und die anderen Gemeinden dazu auffordern, sich ebenfalls an der Lösung der Situation zu beteiligen. Über das nunmehr vorliegende, zur letzten HA-Sitzung modifizierte Positionspapier, hatten sich die HA-Mitglieder mehrheitlich verständigt, um damit die Position gegenüber dem LK zu verdeutlichen.

Herr Tischer bemerkt, dass die Punkte 2 bis 4 des Positionspapiers Forderungen seien, die an die Verantwortlichen für die Unterbringung von Asylbewerbern gestellt werden, was man jedoch in Gesprächen klären könnte. Er hält das Papier daher für nicht notwendig. Aus eigenen früheren Erfahrungen heraus könne er sagen, dass jahrelang eine zentrale Unterbringung eine geeignete Variante war. Die Tendenz heutzutage gehe, aufgrund der gestiegenen Anzahl an Asylsuchenden, zu einer dezentralen Unterbringung, was s.E. ebenso mit Nachteilen verbunden sei. Zumindest zu Beginn wäre die zentrale Unterbringung aus seiner Sicht für die Asylbewerber von Vorteil. Man sollte die Verwaltung bitten, mit dem LK gut zu verhandeln, um den Einfluss der Stadt in der ganzen Problematik geltend zu machen.

Herr Schenk schließt sich der Meinung von Herrn Tischer dahingehend an, dass hinsichtlich des vorliegenden Papiers nur in dem Punkt 1 Position zur Problematik bezogen wird. Er erwähnt, dass er heute per E-Mail über eine Presseerklärung des LK informiert wurde, dass der Landrat in der kommenden Woche mit der „Rathausspitze“ und Vertretern des Hauptausschusses sprechen wolle.

Herr Schenk informiert, dass im gestrigen BuVA über eine baurechtliche Frage zum BIG-Hotel diskutiert wurde und man zu der Überzeugung gekommen sei, dass lt. Auffassung der Verwaltung gem. Regelung im Baurecht die Unterbringung im BIG-Hotel nicht möglich sei und dies planungsrechtlich vom BuVA auch unterstützt werde. Als wichtiger erachte man es, sich mit der Frage der Integration zu beschäftigen. Dem Positionspapier stehe die Fraktion ablehnend gegenüber.

Herr Gatter, der auf seine ehemaligen beruflichen Erfahrungen mit Ausländern verweist, wo generell eine zentrale Unterbringung im Vordergrund stand, moniert, dass vom LK baurechtliche Fragen derzeit noch nicht geklärt seien.

Herr Dr. Rauball bringt nochmals zum Ausdruck, dass der LK seit längerer Zeit eine Politik der dezentralen Unterbringung verfolge, aber in der letzten Zeit in die schwierige Lage gekommen sei, ad hoc sehr viele Flüchtlinge unterbringen zu müssen. Daher sprach man sich zwischenzeitlich für bestimmte Bereiche für eine zentrale Unterbringung aus. Insofern würde das Positionspapier unter Ziffer 1 nicht im Widerspruch zur Auffassung des LK stehen, da dort von einer befristeten Übergangszeit die Rede ist. Eine derartige Notsituation liege allerdings derzeit nicht vor, da der gleichmäßige

Strom von Flüchtlingen nicht mehr vorhanden sei. Zum Pkt. 2 des Positionspapiers bemerkt Herr Dr. Rauball, dass der Landrat im Kreistag zwar bekanntgegeben hatte, dass er an einer gleichmäßigen Verteilung der Flüchtlinge im LK-Gebiet festhalte. Angesichts der Prozentzahlen der Aufnahme von Flüchtlingen sei allerdings festzustellen, dass insbesondere in den Gemeinden Zerst und Zörbig eine geringe Anzahl von Flüchtlingen vorhanden sei, ähnlich auch in Sandersdorf-Brehna. Es könne nicht sein, dass nur bestimmte Gemeinden den Hauptteil der Flüchtlinge unterbringen. In Bitterfeld-Wolfen wurden Flüchtlinge bisher, überwiegend im OT Stadt Bitterfeld, dezentral untergebracht.

Zum Pkt. 3 bemerkt Herr Dr. Rauball, dass die Bürgermeister der Kommunen vom LK nach seinem Dafürhalten relativ schlecht informiert werden. Er sehe eine Möglichkeit der Stadt darin, mit dem Wohnungsgesellschaften zu sprechen, ob diese noch Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung stellen könnten.

Bzgl. des Pkt. 4 soll zum Ausdruck gebracht werden, dass in dem Verfahren alle Beteiligten notwendig sind, um die Problematik gemeinsam bewerkstelligen zu können. Dabei soll vor allem auch die Integration der Flüchtlinge diskutiert werden.

Herr Schenk könne sich nicht vorstellen, dass die Bürgermeister der Kommunen vom LK nicht ausreichend informiert werden. Er bittet **Herrn Hülßner** als Vertreter der Verwaltung um Stellungnahme, der zum Ausdruck bringt, dass es in der Vergangenheit diesbezüglich tatsächlich nur „schleppende“ Informationen gab, was sich allerdings im Laufe der Zeit sehr verbesserte.

Herr Schenk äußert, dass es im LK unterschiedliche Bedingungen in den Kommunen gebe. So stehe aufgrund des enormen Einwohnerrückgangs in Bitterfeld-Wolfen ein größerer Anteil an Wohnraum zur Verfügung als in anderen Kommunen. Dennoch sollte möglichst eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die Gebietskörperschaften erfolgen. Der Kreistag müsste vor allem auch dem Landrat bei der Lösung der Problematik den Rücken stärken.

Herr Dr. Rauball bemerkt, dass die Fraktion Die Linke im Kreistag in der Frage der Zuständigkeit ein Gespräch mit **Herrn Böddeker** hatte. Dieser habe zum Ausdruck gebracht, dass für die Unterbringung der Asylbewerber in den Kommunen die jeweiligen Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister zuständig seien. Wenn nicht genügend Wohnraum für die dezentrale Unterbringung zur Verfügung gestellt wird, liege dies lt. Herrn Böddeker oftmals auch daran, dass in den einzelnen Kommunen nicht genügend geworben wurde. Die OB als Aufsichtsratsvorsitzende der Neubi und der WBG könnte s.E. in dieser Richtung entsprechenden Druck ausüben. Der Landrat handle als untere staatliche Verwaltungsbehörde und sei gegenüber dem Kreistag nicht rechenschaftspflichtig.

Herr Tischer stellt die Frage, wie viele Schutzsuchende die Stadt Bitterfeld-Wolfen bisher aufgenommen habe und wie das Verhältnis zur Gesamtzahl im Landkreis sei.

Herr Jerofke bemerkt, dass die genauen Zuweisungszahlen des LK der Verwaltung nicht vorliegen. Er nennt eine Zahl von ca. 1.400, die allgemein den Ausländeranteil (aus dem europäischen und nichteuropäischen Ausland) im Stadtgebiet ausmache, wozu auch Wanderarbeiter zählen, die in den hiesigen Firmen arbeiten. In den letzten 14 Tagen gab es 18 Zuweisungen von Asylbewerbern im Stadtgebiet.

Herr Gatter könne die Aussage von Herrn Böddeker nicht nachvollziehen. Er verweist auf das Gesprächsangebot des Landrats mit den HA-Mitgliedern und der Verwaltungsspitze in der nächsten Woche. Dabei sollten konkrete

	Zahlen über die Asylbewerber genannt werden. Herr Krillwitz verdeutlicht noch einmal, dass eine Gemeinschaftsunterkunft nur als Übergangslösung dienen sollte. Die Mietverträge für die Gemeinschaftsunterkünfte in Friedersdorf und Marke laufen Ende des Jahres aus. Es könnte durchaus eine Option sein, dass die Gemeinschaftsunterkunft in Bitterfeld-Wolfen nicht nur als Notlösung gedacht sei, sondern möglicherweise als Dauerlösung. Im Übrigen höre er bisher nur Kritiken zum Positionspapier, allerdings keine Alternativvorschläge, wie z.B. die Aufnahme der Integrationsproblematik in das Papier. Hinsichtlich der Kommunikationsstrategie habe der die Informationen in der Frage bisher aus der MZ erhalten. Er kritisiert die Absage des LK bzgl. der heutigen Sitzung und plädiert für die Verabschiedung des Positionspapiers. Herr Kulman äußert, dass hier über Zahlen und Prozente geredet wird, aber nicht über Menschen, die Hilfe benötigen. Die WBG bringe die Asylsuchenden dezentral unter; die WGW habe sich allerdings bisher geweigert. Nach der ausgiebigen Pro- und Kontradiskussion bittet Herr Dr. Rauball sodann um Abstimmung über das vorliegende Positionspapier. Das Votum fällt wie folgt aus:	Ja 3 Nein 4 Enthaltung 1
zu 6	Nutzung des Sportbades „Heinz Deininger“ (nachfolgend Sportbad genannt) durch den Bitterfelder Schwimmverein 1990 e.V. (nachfolgend BSV 90 genannt) BE: Fraktion WLS-FWH-FWG-SPD <i>Herr Gatter nimmt aus Gründen der Befangenheit weder an der Beratung noch an der Abstimmung zum Beschlussantrag teil.</i> Herr Tischer geht nochmals auf den Sachverhalt ein. Man habe sich nunmehr auf einen direkten Zuschuss i.H. von max. bis zu 33.500,- € für das Jahr 2016 zugunsten des Bitterfelder Schwimmvereins verständigt. Er bittet die Verwaltung, die Kosten so schnell wie möglich zu untersetzen und die Deckungsquellen zu benennen. Auf die Frage von Herrn Schenk, ob diese Deckungsquellen derzeit schon bekannt sind, bemerkt Herr Hülßner, dass die OB darüber im Stadtrat informieren werde. Nach weiterer Diskussion empfiehlt der Hauptausschuss dem Stadtrat den BA 021-2016 zur Beschlussfassung.	Beschlussantrag 021-2016 Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Bef 1
zu 7	Polizeipräsenz im OT Stadt Wolfen BE: Ortsbürgermeister Stadt Wolfen Im Zusammenhang mit dem BA wird der Regionalbereichsbeamte, Herr Kaatz, befragt, wie sich die Polizeipräsenz derzeit im Stadtgebiet von Bitterfeld-Wolfen gestaltet und wie evtl. die weiteren Pläne im Hinblick auf die Nutzung des ehemaligen Polizeigebäudes in Wolfen-Nord sind. Herr Kaatz bemerkt allerdings hierzu, dass er sich zur Liegenschaftsfrage nicht äußern könne. Diesbezügliche Entscheidungen werden zu gegebener Zeit durch den Polizeipräsidenten selbst publik gemacht. Zur allgemeinen Frage über die Präsenz der Regionalbereichsbeamten (RBB) im gesamten Stadtgebiet teilt Herr Kaatz mit, dass derzeit 3 von 4 RBB im Einsatz sind, die eng mit dem FB Ordnungswesen der Verwaltung zusammenarbeiten. Zum derzeitigen Dienstsitz bemerkt Herr Kaatz, dass sich dieser im OT Stadt Bitterfeld in der Dammstraße 10 befindet. Herr Dr. Rauball bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Herrn Kaatz für seine kurzen Ausführungen und dafür, dass für die Durchführung der	Beschlussantrag 026-2016

	heutigen Sitzung entsprechende Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden. Herr Krillwitz geht als Einreicher des BA auf den Sachverhalt ein. Er bringt zum Ausdruck, dass der Beschlussantrag nicht darauf abziele, dass die ehemalige Polizeistation wieder eröffnet werde, sondern dass es überhaupt wieder eine Anlaufstelle gebe und ein Ansprechpartner für die Bürger zu bestimmten Sprechzeiten vor Ort sei. Wie er gehört habe, laufen Gespräche, das ehemalige Polizeigebäude in Wolfen-Nord wieder einer Nutzung zuzuführen, jedoch nach seiner Kenntnis nicht als Anlaufstelle für die Bürger. Er hatte zur dieser Problematik ein Gespräch mit Herrn Ziehm, der allerdings für die RBB nicht zuständig sei. Die Dienstvorgesetzte sei in Köthen ansässig, die jedoch das Polizeirevier im OT Stadt Bitterfeld für ausreichend halte. Wie ihm berichtet wurde, seien derartige Sprechstunden in anderen Gemeinden gang und gäbe, wofür er für den OT Stadt Wolfen mit rd. 20 T Einwohnern ebenso plädiert. Herr Dr. Welsch ist der Auffassung, dass es Aufgabe der Polizei sei, wie sie dies organisiere. Die Regionalbereichsbeamten befinden sich vor Ort und sorgen für Ordnung und Sicherheit durch Präsenz auf der Straße. Er sieht hier keinen Handlungsbedarf, dass extra ein Büro eingerichtet wird. Auf Nachfrage bemerkt Herr Hülßner, dass man ursprünglich die RBB für kurze Zeit im Rathaus OT Bitterfeld untergebracht hatte, was von den Bürgern nicht in Anspruch genommen wurde. Von der Polizei selbst kam die Initiative, den Kontakt mit den Bürgern durch Bestreifung auf der Straße im Stadtgebiet von Bitterfeld-Wolfen, gemeinsam mit dem FB Ordnungswesen, wahrzunehmen. Herr Tischer ergänzt, dass Strategien der Polizeiarbeit vom zuständigen Ministerium durchgesetzt werden. Frau Rauball unterstützt diesen Beschlussantrag, da hier die OB beauftragt werden soll, einen entsprechenden Bedarf im OT Stadt Wolfen anzumelden. Herr Tischer stellt sodann den Antrag, den letzten Satz im Antragsinhalt zu streichen, in dem es lautet, dass der Ortsbürgermeister der Stadt Wolfen in das Verfahren vollumfänglich eingebunden wird. Der Änderungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen befürwortet. Der BA 026-2016 wird in der geänderten Fassung dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen. mit Änderungen empfohlen	Ja 5 Nein 2 Enthaltung 1
zu 8	Berufung eines sachkundigen Einwohners Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 014-2016 zur Beschlussfassung. einstimmig empfohlen	Beschlussantrag 014-2016 Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0
zu 9	Verleihung einer Ehrenbezeichnung durch Überreichung der Ehrennadel der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: Ortsbürgermeister Ortschaft Stadt Bitterfeld Der Ausschussvorsitzende geht kurz auf den Beschlussantrag ein. Die Ehrennadel soll an Frau Dr. Natalia Fedoseeva anlässlich der 20-jährigen Städtepartnerschaft, die Ende Mai in Dzershinsk begangen wird, überreicht werden. Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, empfiehlt der Hauptausschuss dem Stadtrat den BA 022-2016 zur Beschlussfassung. einstimmig empfohlen	Beschlussantrag 022-2016 Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

zu 10	Austritt der Stadt Bitterfeld-Wolfen aus dem Verein "weinberg campus e.V." BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung Herr Hülßner geht kurz auf den Sachverhalt und auf die Anfrage von Herrn Tischer ein, worum es sich bei dem Verein handelt. Herr Schenk bemerkt, dass man in der Fraktion ursprünglich der Meinung war, aus dem Verein nicht auszutreten, weil die Arbeit in diesem Verein positiv für die Stadt Bitterfeld-Wolfen genutzt werden könne, um innovative Unternehmen in der Stadt anzusiedeln oder eine Vernetzung mit dem TGZ zu haben. Da sich der ChemiePark dort jedoch aktiv mit einbringe, könne man allerdings den Austritt der Stadt aus dem Verein im Zuge der HH-Konsolidierung durchaus nachvollziehen. Herr Tischer schlägt vor, die Begründung zum Beschlussantrag diesbezüglich zu erweitern. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 028-2016 zur Beschlussfassung.	Beschlussantrag 028-2016 Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0
zu 11	Aufhebung des Beschlusses 085-2015 vom 02.09.2015 in der Gestalt der Beschlussfassung vom 25.11.2015 BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen Der Ausschussvorsitzende gibt kurze Erläuterungen zum Sachverhalt. Herr Schenk teilt mit, dass die sich die Fraktion auf einen Änderungsantrag zum BA verständigt hat, in dem es wie folgt lautet: „Der Beschluss 085-2015 ist nicht aufzuheben. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, der LMBV das Kaufinteresse der Stadt Bitterfeld-Wolfen anzuzeigen und die erforderliche Finanzierung aus Mitteln der Grundstücksverkäufe der Stadt, die bisher nicht Bestandteil des Haushaltes 2016 sind, zu sichern. Der Stadtrat sowie die Kommunalaufsicht ist bis 31.03.2016 vom Ergebnis zu unterrichten und der Beschluss 085-2015 dachach umzusetzen. Parallel dazu ist die Wohnflächenbilanz durch die Oberbürgermeisterin so anzupassen, dass eine spätere Wohnbebauung der erworbenen Flächen möglich ist.“ Man sei davon überzeugt, dass es sich hierbei um ein bedeutsames Stadtentwicklungsgebiet handele. Herr Schenk benennt einige mögliche Finanzierungsquellen, um den Ankauf der Flächen tätigen zu können. Herr Tischer spricht sich in seiner Argumentation ebenso gegen eine Aufhebung des Beschlusses aus; man sollte versuchen, den Kauf umzusetzen. Herr Kulman bringt zum Ausdruck, dass die WBG weiterhin Interesse am Grundstück bekunde. Das Grundstück stehe allerdings derzeit nicht zum Verkauf. Herr Krillwitz bezieht sich in dem Änderungsantrag auf den Punkt bzgl. der Wohnflächenbilanz. Er könne es nicht nachvollziehen, weshalb die OB damit beauftragt werden soll, da der BuVA als Fachausschuss mit der Problematik befasst sei. Herr Dr. Rauball bemerkt, dass hier aufgezeigt werden soll, welche HH-Stellen bzw. Finanzierungsquellen in Frage kommen, wobei Herr Schenk äußert, dass dieser Auftrag an die Verwaltung ergehe. Herr Schulze macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um die Aufhebung des Beschlusses 085-2015 handelt, der eine Finanzierungsausweisung hatte, die sich auf den Haushalt 2015 bezog. Den Haushalt 2015 könne man nicht mehr mit Einnahmen bedenken, die nicht gekommen waren. Wenn der Beschluss mit dem Änderungsantrag so gefasst	Beschlussantrag 029-2016

	werde, müsste die Kommunalaufsicht den BA 085-2015 s.E. kassieren. Nach weiteren Pro- und Kontradiskussionen wird über den Änderungsantrag zum BA 029-2016 abgestimmt. Dieser wird mit 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen abgelehnt. Zum BA 029-2016 in der ursprünglichen Fassung wird nachfolgendes Votum abgegeben: nicht empfohlen	Ja 4 Nein 4 Enthaltung 0
zu 12	Änderung der Vergabe von Straßennamen im "Wohngebiet Pestalozzistraße" im Ortsteil Stadt Wolfen BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen Herr Krillwitz hinterfragt noch einmal, ob die beiden Heimatvereine tatsächlich ihr Einverständnis zur nunmehr vorliegenden Variante erklärt haben, was von Herrn Weber bejaht wird. Der Ortschaftsrat empfiehlt dem Stadtrat den BA 013-2016 zur Beschlussfassung. einstimmig empfohlen	Beschlussantrag 013-2016 Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0
zu 13	Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs der Stadt Bitterfeld-Wolfen vor dem Verwaltungsgericht Halle, Stellungnahme zum Schriftsatz des Landkreises BE: Herr Dr. Rauball Herr Dr. Rauball bittet um die Korrektur der Jahreszahl in der 2. Zeile der Begründung, die korrekt lauten muss: 2015. Er geht kurz auf den Sachverhalt ein. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 033-2015 zur Beschlussfassung. mehrheitlich empfohlen	Beschlussantrag 033-2016 Ja 5 Nein 3 Enthaltung 0
zu 14	Übertragung von Ermächtigungen für Auszahlungen vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 (Haushaltsermächtigungen) BE: GB Finanz- und Ordnungswesen Zur Mitteilungsvorlage gibt es keine Wortmeldungen. zur Kenntnis genommen	Mitteilungsvorlage M003-2016
zu 15	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen Frau Rauball teilt mit, dass am 26. März 2016 die Partnerschaft mit der Stadt Kamienna Góra 10 Jahre besteht. Sie fragt, ob von Seiten der Stadtverwaltung aus diesem Anlass Dinge geplant sind, um diesen Tag zu würdigen. Da Herr Hülßner diesbezüglich ad hoc keine Aussage treffen kann, bittet Herr Dr. Rauball ihn, sich dahingehend nochmals kundig zu machen. Herr Dr. Rauball erwähnt, dass der Partnerschaftsverein vorgesehen habe, eine Ausstellung über synthetische Edelsteine in Kamienna Góra vorzubereiten. Herr Hülßner geht auf eine Anfrage aus dem vorletzten Hauptausschuss zur Plakatierung von Wahlwerbung ein (siehe dazu die Zuarbeit der Verwaltung zur HA-Sitzung am 18.02.16 als Anlage zur selbigen Niederschrift) und beantwortet weitere Anfragen in dem Zusammenhang.	

zu 16	Schließung des öffentlichen Teils Der Ausschussvorsitzende schließt um 20:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.	
-------	--	--

gez.
Dr. Werner Rauball
Ausschussvorsitzender

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin